

ANFRAGE

des Abgeordneten Alois Kainz
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft
betreffend **Risiken der Energiewende durch unzureichenden Netzausbau und
fehlende Speicherkapazitäten**

Die österreichische Energiepolitik befindet sich seit Jahren in einem tiefgreifenden Umbau. Insbesondere der forcierte Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen wird politisch massiv vorangetrieben. Gleichzeitig ist es aber so, dass der Ausbau der Stromnetze sowie der notwendigen Speicher- und Reservekapazitäten mit dieser Entwicklung nicht Schritt hält.

Wie die Austrian Power Grid AG (APG) in ihrem aktuellen Netzentwicklungsplan 2025 ausführt, sind bis 2035 Investitionen von rund neun Milliarden Euro in den Ausbau des österreichischen Stromnetzes vorgesehen. Gleichzeitig sollen rund 1.700 Kilometer Leitungen und zahlreiche Umspannwerke errichtet beziehungsweise erweitert.¹

Dennoch zeigen aktuelle Entwicklungen erhebliche Belastungen des österreichischen Stromsystems. Laut der von der APG veröffentlichten Strombilanz 2025 konnte Österreich lediglich 78,9% seines Stromverbrauchs durch nachhaltig produzierte Energie decken. Fehlende Strommengen mussten durch Pumpspeicherkraftwerke, kalorische Kraftwerke sowie Stromimporte ausgeglichen werden.²

Auch im Bereich der Speichertechnologien bestehen weiterhin erhebliche Defizite. Der Bundesverband Photovoltaic & Battery Austria (PV&B Austria) verweist darauf, dass Österreich bis 2030 Batteriespeicherleistungen von mehr als fünf Gigawatt benötigen werde, um die stark schwankende Einspeisung aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen ausgleichen zu können.³

Gleichzeitig wird zunehmend auf Probleme beim Netzanschluss neuer Photovoltaikanlagen hingewiesen. Laut PV&B Austria werden Einspeisebeschränkungen sowie netzirksame Leistungsbegrenzungen künftig verstärkt notwendig sein, da die Netzkapazitäten vielerorts nicht ausreichend vorhanden seien.⁴

Vor diesem Hintergrund stellt sich zunehmend die Frage, ob die derzeitige energiepolitische Schwerpunktsetzung überhaupt mit den realen technischen und infrastrukturellen Möglichkeiten Österreichs vereinbar ist oder ob dadurch erhebliche Risiken für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Leistbarkeit der Energieversorgung entstehen.

¹ <https://www.apg.at/news-presse/apg-netzentwicklungsplan-bis-2035-9-milliarden-euro-fuer-oesterreichs-zukunft-tempo-beim-netzausbau-entscheidend/> (aufgerufen am 17.09.2026)

² <https://www.apg.at/news-presse/apg-strombilanz-2025-oesterreich-erneut-stromimporteur/> (aufgerufen am 17.09.2026)

³ <https://pvbaustria.at/photovoltaik-und-batteriespeicher-in-oesterreich/> (aufgerufen am 17.09.2026)

⁴ <https://pvbaustria.at/elwg-das-wichtigste-im-ueberblick-fur-den-pv-und-speicherbereich/> (aufgerufen am 17.09.2026)

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage

1. Wie hoch waren die tatsächlichen jährlichen Kosten für Netzengpassmanagement und Redispatch-Maßnahmen in Österreich seit 2020?
2. Wie haben sich diese Kosten im Zusammenhang mit dem Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen entwickelt?
3. Wie viele Fälle von Netzüberlastungen beziehungsweise kritischen Netz-situationen wurden seit 2020 registriert? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Orten)
 - a. Welche Regionen Österreichs gelten derzeit als besonders kritisch hinsichtlich Netzengpässen?
4. Welche konkreten Projekte des Netzausbaus befinden sich derzeit in Umsetzung? (Bitte um Aufschlüsselung nach Projekten und Orten)
 - a. Bei welchen dieser Projekte bestehen Verzögerungen und aus welchen Gründen?
5. Wie hoch schätzt Ihr Ressort die Gesamtkosten des österreichischen Netzausbaus bis 2040?
6. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf die Netzentgelte sowie auf die Strompreise für Haushalte und Unternehmen?
7. Wie hoch ist derzeit die tatsächlich verfügbare Speicherleistung in Österreich?
 - a. Wieviel dieser Speicherkapazität entfällt hierbei auf Batteriespeicher, Pumpspeicherkraftwerke und andere Speicher? (Bitte um Auflistung der verschiedenen Speicher)
 - b. Wo befinden sich die Batteriespeicher?
 - c. Wie hoch wäre nach Einschätzung Ihres Ressorts der notwendige Speicherbedarf zur Absicherung der Energiewende bis 2030 bzw. 2040?
8. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihr Ressort zum Ausbau von Großspeichern?
9. Wie bewertet Ihr Ressort die zunehmende Importabhängigkeit Österreichs bei Strom?
 - a. Welche Ursachen sieht Ihr Ressort dafür (etwa eine steigende Export-tätigkeit oder Entwicklungen im Stromhandel an der Börse)?
 - b. Hat Österreich in den vergangenen Jahren mehr Strom exportiert?
 - c. Welchen Einfluss hat der europäische Strommarkt auf die Import- und Exportbilanz Österreichs?
10. Wie oft musste Österreich seit 2020 bilanziell Strom importieren, um Versorgungslücken zu schließen? (Bitte um Auflistung nach Jahren)
 - a. In welchen Zeiträumen bzw. aus welchen Gründen war dies besonders erforderlich?
11. Welche Rolle werden Gas- und Pumpspeicherkraftwerke nach Einschätzung Ihres Ressorts künftig für die Versorgungssicherheit spielen?
12. Wie bewertet Ihr Ressort die Gefahr großflächiger Stromausfälle infolge unzureichender Netz- und Speicherkapazitäten?
13. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort durch die verpflichtende netzirksame Steuerbarkeit neuer PV-Anlagen ab 2026?

14. Wie viele Einspeisebeschränkungen bzw. Abregelungen bei Photovoltaikanlagen gab es seit 2020? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und Bundesländern)
15. Welche volkswirtschaftlichen Kosten erwartet Ihr Ressort durch das Abregeln erneuerbarer Energieanlagen?
16. Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihr Ressort, um einen ausgewogenen und dauerhaft versorgungssicheren Energiemix sicherzustellen?
17. Wie bewertet Ihr Ressort die langfristige Vereinbarkeit der aktuellen Ausbauziele für erneuerbare Energien mit dem tatsächlichen Stand des Netzausbaus in Österreich?
18. Welche Auswirkungen wird durch die zunehmende Verlagerung günstiger Stromtarife von Nachtstunden auf Tagesstunden mit hoher Photovoltaik-Einspeisung erwartet?
 - a. Wie wurde dieser Zeitraum gewählt? (Bitte um Auflistung der Grundlagen, welche der Entscheidung zu Grunde liegen)
 - b. Wenn keine gemacht wurden, warum nicht?
 - c. Wie bewertet Ihr Ressort die Auswirkungen dieser Entwicklung auf berufstätige Haushalte, die tagsüber regelmäßig keinen erhöhten Stromverbrauch aufweisen können?
 - d. Werden negative Effekte (durch z.B. höhere Swimming-Pool-Temperaturen) für das Klima erwartet?
 - e. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf bestehende Nachtstromsysteme, insbesondere für Warmwasseraufbereitung und elektrische Speicherheizungen?
19. Gibt es Überlegungen oder Planungen, klassische Nachtstromtarife schrittweise zurückzudrängen bzw. durch dynamische Stromtarife zu ersetzen?
20. Welche Rolle sollen Smart Meter bei der künftigen Steuerung des Stromverbrauchs privater Haushalte spielen?
21. Ist vorgesehen, Stromverbrauchseinrichtungen privater Haushalte künftig netzdienlich beziehungsweise zentral steuerbar zu machen?
22. Welche konkreten Verbrauchseinrichtungen könnten künftig von netzseitigen Steuerungsmaßnahmen betroffen sein?
23. Gibt es Überlegungen, Haushalte faktisch oder rechtlich zum Einbau von Batteriespeichern bzw. Energiemanagementsystemen zu verpflichten?
 - a. Sind Förderungen/Förderanreize für Batteriespeicher in privaten Haushalten geplant?
24. Wurden bereits Modelle geprüft, wonach Photovoltaikanlagen künftig nur mehr gemeinsam mit Speicherlösungen genehmigt beziehungsweise gefördert werden sollen?
 - a. Welche Kosten würden durchschnittlich auf private Haushalte zukommen, sofern zusätzliche Speicherbatterien oder netzdienliche Steuerungssysteme verpflichtend würden?
 - b. Wie bewerten Sie die soziale Verträglichkeit möglicher zusätzlicher Investitionspflichten für private Haushalte im Zusammenhang mit der Energiewende?
25. Welche Maßnahmen werden gesetzt, um zu verhindern, dass private Haushalte künftig aufgrund mangelnder Netzkapazitäten Einschränkungen bei Stromverbrauch oder Einspeisung hinnehmen müssen?

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-08T14:20:35+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	